

## Wahlprüfsteine der Friko – Wahlen 2021

von: Dorothee Kolbe

| <b>Wählt keine Partei, die die Bundeswehr in Auslandseinsätze schickt!</b>   |   |
|--|---|
| Vorbemerkung:<br>Derzeit (22.8.21) gibt es 11 Bundeswehreinheiten im Ausland mit Beteiligung von 2.500 Soldatinnen und Soldaten auf drei Kontinenten.<br>Der Armeeeinsatz in Mali gilt als äußerst riskant und gefährlich. Mali wird häufig als „afrikanisches Afghanistan“ bezeichnet. 1.100 Soldatinnen und Soldaten sind seit zehn Jahren dort stationiert im Rahmen der UN-Mission Minusma – als Ausbilder afrikanischer Sicherheitsleute für das EU-Programm EUTM. Deutschland ist hier Frankreich, der UN und EU gefolgt. Das Ziel: Stabilität in einem Bürgerkriegsland. Mali ist jedoch ein Pulverfass; viele Gruppen kämpfen gegeneinander. |   |
| <b>Das sagen die Wahlprogramme zu Auslandseinsätzen:</b>   |   |
| CDU  | „An Auslandseinsätzen werden wir uns immer dann mit Bündnispartnern beteiligen, wenn deutsche Sicherheitsinteressen gefährdet sind.“  |
| SPD  | Keine direkte Aussage, aber:<br>„...unsere Werte sowie Wirtschafts- und Sozialmodelle erfolgreich verteidigen und dazu beitragen, dass die Welt von morgen besser wird...“<br>„Deutschland ist auf eine funktionierende internationale Ordnung angewiesen, wie sie von...der UNO, der EU, NATO und OSZE getragen wird.“   |
| Bündnis90 /Grüne   | Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein zentraler Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik.<br>„Wir bekennen uns zu internationalen Friedenseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, die z Stabilität, Sicherheit und Frieden beitragen. Die Anwendung militärischer Gewalt als Ultima Ratio kann in manchen Situationen nötig sein, um Völkermord zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen. Ein Militäreinsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und militärische Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit... und in ein politisches Gesamtkonzept einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie Handeln.“<br>Die NATO ... bleibt „...aus europäischer Sicht neben der EU unverzichtbarer Akteur ...“ |
| FDP  | Keine direkte Aussage, aber:<br>klares Bekenntnis zur NATO; hält NATO für ein erfolgreiches Sicherheitsbündnis, dessen Möglichkeiten (Abschreckung/Verteidigung) finanziell durch mehr Mittel gestärkt werden muss ...<br>zentral: Stärkung der regelbasierten liberalen Weltordnung  |
| DieLinke   | „Auslandseinsätze der Bundeswehr werden wir beenden und neue verhindern.“   |
| AfD  | Keine direkte Aussage, aber:<br>Ja zur NATO; zentrales Element: unsere Sicherheitsstrategie, jedoch begrenzt „auf das Gebiet der Bündnisstaaten“.<br>Deutsche Außenpolitik: Sicherung für Zugang zu Rohstoffen, Freiheit der Handelswege.   |

### **Zusammenfassung der Parteipositionen:**

Außer der klaren Aussage der Linken gegen Auslandseinsätze und der CDU für solche militärischen Einsätze der Bundeswehr gibt es bei den anderen Parteien nur unklare Haltungen, bei denen jedoch dahinter durchaus ein „Pro“ durchschimmert/durchschimmern kann.

- Die SPD verweist auf das Angewiesensein „auf eine internationale Ordnung, getragen von UNO, EU, NATO , OSZE“ und den Beitrag, dass „die Welt von morgen besser wird“.
- Die Grünen sprechen sich deutlich für internationale Friedenseinsätze im Rahmen der UN aus. Militärische Gewalt als „Ultima Ratio“ sei „manchmal nötig“. Die Begründung lässt an ihren ersten Kriegseinsatz in Jugoslawien denken: „Verhinderung eines neuen Auschwitz“. Außerdem ist die NATO für diese Partei ein unverzichtbarer Akteur“.
- FDP und AfD haben keinen Verweis auf Auslandseinsätze, sprechen sich jedoch klar für die NATO aus.

### **Schlussfolgerungen/Fazit:**

Nach dem akuten Desaster des NATO-Einsatzes in Afghanistan werden wohl alle Parteien außer den Linken ihre militärischen Positionen überdenken müssen.

Das Eigeninteresse der NATO ist aber ein existentielles. Mit der Zeit wird sie Wege finden, um sich selber am Leben zu erhalten. NATO-Generalsekretär Stoltenberg sprach bereits am Freitag (20-8-21) vom aggressiven Russland – keine fünf Tage nach der Kapitulation vor den Taliban (Sonntagabend, 15.8.21).